

Erstausgabe in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat bezugsfertig angenommen; im
Königreich Sachsen und Preussens
Königreich Preussens auf den 1. Monat
des Quartals 4 54 Pf.
Inserate
letz. Verordnungen pr. Zeitungs 10 Pf.,
letz. Privatangelegenheiten und Briefe pro
Zeitung 20 Pf.

Vorwärts

Verlegungen
nehmen an alle Wohnstätten und Post-
anstalten des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
New York: Col. Joseph W. ...
Philadelphia: W. ...
Chicago: W. ...
San Francisco: J. ...
London: ...

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 22.

Sonntag, 19. November.

1876.

Unsere Gegner.

VII.

(Schluß des VII. Art.)

Der Verfasser von „Quintessenz des Sozialismus“ formuliert die sozialistischen Forderungen ganz richtig (S. 12): „A und D des Sozialismus ist die Verwandlung der privaten Konkurrenzkapitale in einheitliches Collectivkapital.“

„Was die Führer der Sozialisten zunächst allein erstreben und erwarten können, ist politische Machterlangung, noch mehr „Schulung“ der Massen zur Cooperation, agitatorische Achtung der jetzigen Verfassung, ihres Schwindels und ihrer Schäden, die pauperistische letzte Vollendung des Gegenjages zwischen wenigen Millionären und vielen Millionen Proletariern“ (S. 12).

„Ein plumpes Mißverständnis haben wir abzuweisen. Man hört gar so oft: „Der Sozialismus will wirtschaftlich kein Kapital mehr“, er will keine Produktionsmittel, „er will producieren ohne Grundstücke, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Rohstoffe und Brennmaterialien; denn er negiert das Kapital, also auch den Bestand, die Erhaltung, die Erneuerung und Erneuerung der Werkmittel“. Man hält diese Forderung für eine glänzende Widerlegung der sozialistischen Doctrin und triumphiert gegen dieselbe — s. v. (salva venia, mit Erlaubniß) „Hörsinn“ — der Sozialisten! Es ist aber nachdrücklich vor dieser Art von Widerlegern des Sozialismus zu warnen“ (S. 20).

„Nicht zureichend ist eine weit verbreitete Vorstellung. Man sagt, die bekannten Nachteile des heutigen Regierens würden beim Sozialismus allgemein werden. Möge man sich doch auf dieses Argument nicht allzu sicher verlassen! Es giebt bereits Regierensarten, welche wirtschaftlicher oder doch so wirtschaftlich ist, als kapitalistischer Speculationsbetrieb: Post, Staatseisenbahn, Telegraph, communale Gas- und Wasserleitungs-Anstalten u. s. w.“ (S. 29).

„Gelangt es dem Sozialismus mit seinem unzweifelhaft einheitlicheren, bewußt gesellschaftlicheren Princip, mit seiner radikalen Ausrottung des Privatwuchers und Privatmonopols auch die Worthülle allerer Privat-Interessiertheit und allseitig freier Controle bei Erfüllung der sozialen Verufe zu verknüpfen, also vom Bestehenden alles Gute beizubehalten, dann würde er ganz gewiß — wenn auch erst in später Zeit — siegen. Dann arbeitet ihm die ganze Entwicklung der Gegenwart, die Centralisation im Staat, die für großartigste Zusammenfassung angelegte Natur des modernen Verkehrs, die allgemeine Tendenz zum Großbetrieb und zur mechanischen Concentration überhaupt, die Vereinigung der Arbeiter im Großbetrieb, ihre steigende Unabsehbare Privat-Interessen gegenüber u. A. mächtig vor“ (S. 33).

Der Sozialismus behält „vom Bestehenden alles Gute“. Er wird also siegen.

„Es ist merkwürdig, wie tröstlich, daß Alles, was den Sozialismus überhaupt erst praktisch discutierbar macht, ihn auf eine Bewahrung, ja auf eine Potenzierung der wirtschaftlichen Glanzseiten der liberalen Volkswirtschaft hindrängt“ (S. 52).

„Es ist bedauerlich, und kann keine guten Früchte bringen, daß man sich nicht ruhig und besonnen über die wahre Tragweite des collectivistischen (sozialistischen) Prinzips klar werden, daß man Wesen und Wert des Sozialismus nicht scharf von einander unterscheiden mag. Die Folge davon ist, daß man dessen Tragweite hier unterschätzt, dort in's Ungeheuerliche verzerrt. Selbst Gebildete gehen sich bezüglich der „Eigentumsnegation“ Wüthen einer Ignoranz, welche schon von Tausenden von gemeinen Arbeitern klar erkannt und gern als Böswilligkeit der herrschenden Klassen ausgelegt wird.

„Wir sagen also mit Nachdruck: es ist nicht richtig, daß der Collectivismus alles und jedes Eigentum aufzuheben trachte, daß er schlechthinige Negation des Eigentums sei. Nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird negiert und will durch Collectiv-eigentum an Produktionsmitteln (Grundstücken, Werkhäusern, Maschinen etc.) ersetzt werden. Das private Eigentum an Genußmitteln wird nicht negiert, kann ja gar nicht negiert werden. Privater Gebrauch und privates Eigentum von Lebensmitteln, Kleidern, Mobiliar, Büchern u. s. w. zu negieren, hat wohl kein heutiger Sozialist die Thorheit und die Tollheit. Nur an den Produktionsmitteln der schon heute arbeitstheiligen (collectiven, cooperativen) Arbeit, d. h. am Kapital, soll Collectiv-eigentum eingeführt werden, ähnlich dem schon bestehenden Staats- und Gemeindegut an Straßen, öffentlichen Plätzen, an Verfallsanstalten, an Bildungs-, Rechts-, Ordnungs- und Berichtigungsanstalten. Also Ausdehnung des jetzt schon umfassend geltenden Prinzips des Collectiv-eigentums auf die Mittel der arbeitstheiligen Produktion, d. h. auf das Socialkapital, wird erstrebt“ (S. 56).

„Es ist nicht wahr, daß der Sozialismus verlangt, man solle jedes Jahr neu „theilen“. Er verlangt eine der Hebelabgaben-ähnliche Ablösung des Privateigentums an den Mitteln des sozialen Produktionsprozesses, künftigen Besitz der Produktionsmittel durch die Gesamtheit und eine Verteilung des mit Hilfe des Collectivkapitals erzeugten jährlichen Güterertrages nach Maßgabe der von jedem (alsdann öffentlichen und befristeten) Arbeiter geleisteten Arbeitszeit. Man kann dies verlangen für unumgänglich und selbst zweckmäßig halten; aber es ist unklar, zu sagen, daß es ein periodisches „Theilen“ der Früchte der Privat- und der Privat-Interessen an seine Mitglieder in sich schließt oder den unumgänglich Gedanken auf die Aufhebung des Privateigentums durch an solchen Genußmitteln,

dem Sonderkreis der Familie nur ausschließlich — verzehrt werden können. Es ist auch nicht wahr, daß das Princip des Collectiv-eigentums überhaupt ein neues sei, welches dem bestehenden Recht fremd und feindlich gegenübersteht; denn alle moralischen Personen vom Staat, der Kirche und der Gemeinde an bis zur letzten Familie herab repräsentieren Collectivbesitz in weitem Umfang“ (S. 57).

Im Schlußkapitel (IX S. 65ff) resumiert der Verfasser: „Es ergab sich (aus den Erörterungen der vorhergehenden Kapitel), daß die gewöhnlichen Stichwörter gegen den Sozialismus nicht ausreichend sind.

„Es ist nicht richtig, daß der Sozialismus das Eigentum überhaupt negiere. Es ist nicht richtig, daß er das Privateigentum schlechweg aufhebe. Es ist nicht richtig, daß er ohne Produktionsmittel arbeite, das Kapital im technischen Sinn beiseite müsse. Es ist nicht richtig, daß er Großproduktion ausschließe. Es ist nicht richtig, daß er innerlich materialistisch und zuchtlos sein müsse. Es ist nicht richtig, daß er Familie und Erbrecht (außer in Bezug auf Kapitalien oder Produktionsmittel) prinzipiell negiere. Es ist nicht richtig, daß er Freizügigkeit, freie Berufswahl absolut ausschließe, daß er die Freiheit des Bedarfs, des Haushaltes, der Geselligkeit, der Vereinsbestrebungen grundsätzlich aufhebe. Es ist aber richtig, daß er zahllose und schreiende Mißbräuche mit der Wurzel ausreißen will und höchst consequent ein folgenschweres Sozialprinzip vertritt. Von den finanziellen Consequenzen für den Militäraufwand gar nicht zu reden. Absichtlich haben wir diesfalls falsche Vorstellungen zerstreut, welche nur geeignet sind, in eine gefährliche Ruhe und Sicherheit einzuwiegen.“

Nach einigen Bemerkungen über die „Irreligiosität“ der demaligen Parteien des Sozialismus“ fährt der Verfasser fort:

„Verwerflich muß uns der Grundgedanke erscheinen, der von vielen Dächern den Proletariern in absolut anticollectivistischem Geiste vorgegaukelt wird“; jeder Arbeiter müsse genau seinen Arbeitsvertrag zugestimmt bekommen, während doch auch im Sozialistenstaat wie im Kapitalistenstaat nur Gesamtprodukt, dieses nur nach einem äußerlichen Maßstab der individuellen Arbeitszeit oder Stückleistung und nur nach Abzug des öffentlichen Gemeinbedarfes, zur Verteilung gelangen konnte.

„Ein alsbaldiger Sieg des Sozialismus ist weder zu erwarten, noch zu befürchten.

„Nicht weniger aber wird von unbefangenen Lesern zugegeben werden, daß gegen Ideen, wie die vorgelegenen, nur Gründe, nicht Hintersagen aufkommen können. Das Volk bildet ja das Heer, das Heer macht wieder aus ihm einen einheitlichen Körper mechanischer Macht. Würde also das Volk vom Geist des Sozialismus seiner Masse nach erfüllt werden, so brauchte der Sozialismus im gegebenen Augenblick nur einen großen General zu erzeugen, um Erbe der Macht des militärischen Centralismus zu werden. Setze man sich daher mit den Ideen auseinander, vernichte man diese, so weit sie falsch sind. Es kann ja doch kaum Jemand mehr leugnen, daß der Sozialismus, wenn er sich immer klarer und sobald er mit Abstreifung vieler seiner ersten hirnlosen Phantasereien immer nüchterer nur die wirklichen Konsequenzen seines geringfügig gezeichneten Prinzips hervorsetzt, ein die Massen mächtig ergreifendes Ganze einschneidender positiver Reorganisationsgedanken umschließt. In internationaler Parteiorganisation von nur zeitweise gelodertem Gefüge wird auch schon am entsprechenden Aufbau der positiven politischen Kraft zur Verwirklichung dieser Gedanken gearbeitet. Der vierte Stand ist nach allen Seiten von den Hauptideen schon ergriffen und zwingt schon dadurch seine Führer, diese Ideen immer einleuchtender zu formulieren. Deshalb eben suchen wir ihn nach seinen (vielleicht vielen) Führern selbst unbewußten) notwendigen Konsequenzen, nicht nach hinderbrannten Sonderformulierungen, zu erfassen.

„Ihn hiernach zu erwägen, zu widerlegen oder zu reinigen und zu berichtigen, die Debatte auf den eigentlichen Punkt — Collectiv- oder Privatbesitz der Mittel der collectiven („arbeitstheiligen“) Arbeit — zu concentrieren, scheint uns notwendig. Nur dann kann der richtige Standpunkt von jeder Partei gewählt werden. Im Kerne ist das, was in Frage steht, wirklich ein Streit zwischen Individualismus und zwischen Collectivismus in Hinsicht auf das Kapital. Er erstreckt daher seine Hauptconsequenzen auf den sozialen Güterhervorbringungs-, Güterumsatz- und Güterausverteilungsprozess. Sozial ist dieser Prozess zwar schon im liberalen Staat, da die wenigsten Güter vom eigenen Produzenten auch konsumiert werden. Die Frage ist vielmehr die: ob die „unbewußte“, einheitliche, so zu sagen hydrostatische Sozialmacht der aufeinanderdrückenden Privatinteressen, d. h. die Konkurrenz — oder ob eine einheitlichbewußte und einheitlich-organisierte Sozialmacht den Produktions- und Distributions-, sozusagen den Verdauungs- und Blutlaufprozess des sozialen Stoffwechsels, besser und wirtschaftlicher besorgen würde.

„Ob letzteres Prinzip realisierbar ist oder werden kann, vermag zwar jetzt wohl Niemand sicher zu sagen. Daß es jetzt noch und wohl noch längere Zeit nicht ausführbar ist, ist gewiß. Nicht ebenso, daß es an sich schon antisozial sei.

„Gewöhne man sich also endlich an concretes Denken und Urtheilen in dieser ungeheuren Frage, und entziehe man sie dem wüsten Einfluß der Schlagworte, der Vorurteile, der Leidenschaften, der Vorurteile, der Selbstbelugung und der Denunziationen!

*) Der Verfasser bemerkt hierzu in einer Note (mit Recht): „Nicht von Marx.“ Das Unsozialistische und ökonomisch Verkehrte der Forderung, daß jeder Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit empfangen, ist S. 181 f. der Grund- und Forderungen von Richtigem

Sonst gehen darob alle Stände mit der Civilisation zu Grunde.“

So weit der Verfasser, auf dessen Ausführungen wir vielleicht gelegentlich zurückkommen. Wir Sozialisten werden daraus lernen, — ob unsere Gegner? Wollen, können sie noch lernen? Herrn von Unruh aber ersuchen wir, sich namentlich den letzten Absatz genau anzusehn. Beim Durchlesen desselben werden die Wangen ihm brennen, wie von einer Ohrfeige.

Die Nationalwahlen in der Union.

Wenn Ihre Leser dies sehen, so wissen sie schon durch den Telegraphen, wie die Nationalwahlen der Vereinigten Staaten am 7. November ausgefallen sind. Im Augenblicke, da ich dies schreibe (1. November), weiß ich das weder, noch kann der erfahrenste Politiker es voraussagen; denn der Ausfall hängt davon ab, welche von beiden alten Parteien bei ihren Wahlbetreibungen den größten Erfolg hat, und wie der Zufall sich dabei unterstügt. Den ehrlichen und selbstdenkenden Männern ist es nämlich so schwer gemacht, zu unterscheiden, welches das kleinere der beiden Uebel sei, zwischen denen sie zu wählen haben, daß alle hervorragende Parteigenossen verschiedene Wege wandeln, lebenslange politische Gegner übereinstimmen, Viele aus denselben Gründen wie die Arbeiterpartei gar nicht stimmen werden, und die Wahl folglich durch den bezahlten Theil der Stimmgäber, besonders der Großstädte, entschieden wird, sowie durch falsche Anzählung der Stimmen und in mancherlei Anstöße, in denen beide alte Partei-Organisationen so erfinderisch sind. Es ist unter diesen Umständen sogar möglich, daß keine Volkswahl des Präsidenten und Vicepräsidenten der Union zu Stande kommt, sondern der Congress zwischen den Beiden entscheidet, welche für jedes der zwei Aemter die meisten Wahlmännerstimmen haben (der Senat wählt dann den Vicepräsidenten, das Haus den Präsidenten). Da nun aber diese beiden Beamten unter allen Umständen Puppen in der Hand ihrer Parteien sein werden, so hängt das Geschick des Landes mehr von den gleichzeitigen Congresswahlen ab, welche aber wahrscheinlich das Verhältnis der Parteistärke wenig verändern werden, so daß binnen den nächsten zwei Jahren keine Veränderung in der Unions-Politik in wesentlichen Dingen zu erwarten ist.

Für deutsche Sozialdemokraten in Europa kann es also nicht viel Reiz haben, diese Wahlkomödie, welche mit so ungeheurem Lärm und Aufwand in Scene gesetzt wird, näher beleuchtet zu sehen. Viel wichtiger ist es, ihnen zu zeigen, wie die wegen ihrer „unvergleichlichen Weisheit“ bewunderte Verfassung der Union sich dahin entwickelt hat, daß sie das reine Gegentheil der Absichten ihrer Gründer bewirkt. Die Väter der Republik beabsichtigten, eine auf möglichst gleichen Besitz und gleiche persönliche Unabhängigkeit aller, wenigstens aller Menschen von weißer Hautfarbe, begründete Selbstverwaltung zu schaffen, auch ging in den ersten fünfzig Jahren das Meiste nach ihrem Wunsche. Es war in der Verfassungsurkunde, welche von den Einzelstaaten nachgeahmt wurde, jede damals denkbare Ungleichheit vorausbedacht und sorgfältig ihr vorgebeugt. Damit nicht zufällige Stimmenmehrheiten oder der Ehrgeiz Einzelner berechnete Sonderinteressen verewaltigten, war dem Gesamtstaate, dem Einzelstaate und der Gemeinde ein genau bestimmter Wirkungskreis angewiesen, war ebenso der Bereich der ausführenden, der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt streng abgegrenzt, war für einen unverfälschten Ausdruck des Volkswillens an stimmlosten Vorzügen getroffen, wurde eine an Zahl alle Stimmgäber überwindende Banernschaft von genügendem Landbesitz geschaffen; es wurde den kleineren Staaten bei der Uniongesetzgebung, den kleineren Bezirken bei der Staatsgesetzgebung in einem Oberhause eine gleichstarke Vertretung mit den vollreichen gesichert, und die Wahl der beiden Oberbeamten der Union einem vom Volke zu wählenden Wahlmänner-Collegium anvertraut. Es wurden Mittel geschaffen, um eine allgemeine und gleiche Volks-erziehung durchzuführen, und alle Vorrechte verboten; durch fast völlige Trennung der Kirche vom Staate gedachte man die Religionsfreiheit und den Frieden zwischen den Glaubensparteien zu sichern. Die Sklaverei verbot man nicht, weil man durch Einwirkung auf den revolutionären und demokratischen Volksgeist deren freiwillige Abschaffung erwartete — was auch in einer Hälfte der Einzelstaaten gelang. Kurz, die edelsten Absichten dieser Männer sind unzweifelhaft, und ihre Mittel waren weise genug, um ein Staatswesen von nie dagewesener Gedeihlichkeit, Freiheit und Macht zu schaffen.

Und dennoch wurde ihre Absicht noch vor Ablauf der ersten hundert Jahre vereitelt, und jedes der erwähnten Mittel bewirkte sein Gegentheil. Die geduldete Sklaverei erwies sich in der einen Hälfte der Union stark genug, um das Ganze an den Rand des Verderbens zu bringen und den fürchterlichsten aller neuzeitlichen Bürgerkriege zu erzeugen. Die unabhängige Kirche, zerpalten in eine Anzahl einander nebulhülicher Kirchen, ist stark genug, das Schicksal der Volksschule in Frage zu stellen und eine wachsende Verdummung zu bewirken. Das durch Einwanderung entstehende Großkapital hat Vorrechte in Fülle erzeugt und das miteingewanderte und durch ungemein schnelles Reichwerden des Landes in Fleisch und Blut des Volkes übergegangene Rancherthum hat Klassenunterschiede hergestellt, welche aus der Volksschule eine aristokratische Erziehung hervorbringen lassen (denn unter jedem Hundert Kinder erreichen kaum zwei das Ziel der Volksschule, und drei Viertel geben schon aus den unteren Klassen ab und zum Brotdienste über).

Die Wahl der beiden Oberbeamten der Union ist eben da-

*) Bis jetzt ist das Resultat noch nicht bekannt; beide Parteien

durch unfähig geworden, ein treuer Ausdruck des Volkswillens zu sein, daß die aufgestellten Wahlmänner im Voraus von den Parteien verpflichtet werden, im Sinne der Urwähler zu wählen; wenn also in wenigen der großen, vollreichen, kapitalistischen Staaten, wie New-York, Pennsylvania, Ohio, welche viel Wahlmänner haben, eine Partei mit noch so geringer Stimmenmehrheit siegt, so wird dadurch die Wahl für die Union entschieden, und es ist somit dem Kapital die Wahlbestechung sehr erleichtert. So verlor 1856 Fremont, der wirklich zum Präsidenten gewählt war, das Amt an Buchanan, und der Sieg der Sklavereifeinde verzögerte sich um vier Jahre, weil in der Stadt Philadelphia — wie nachher gerichtlich nachgewiesen wurde — 1200 falsche, bestochene Wahlstimmen den republikanischen Wahlsieg in einem demokratischen Verwandten und dadurch 28 Wahlmännerstimmen Pennsylvaniens auf die gegnerische Seite brachten; Buchanan aber blieb Präsident und half dem Süden den Bürgerkrieg vorbereiten.

Die gleiche Vertretung der kleinsten Staaten mit den größten im Oberhause der Union und die gleiche Vertretung der Bezirke im Einzelstaate hat es bei der Schnelligkeit, womit neue, kleine Staaten geschaffen werden können, ganz in die Macht der eben herrschenden Partei gelegt, den im Unterhause vertretenen Willensausdruck der Volksmehrheit im Oberhause Jahrzehnte lang zu vereiteln und von den Städten aus, wo die Befechung am leichtesten geübt werden kann, die mehr unabhängige Bauernschaft zu überstimmen.

Der anerzogene Volksglaube an die Unüberwindlichkeit der Verfassung mit ihren verwickelten Gegengewichten und wechselseitigen Einschränkungen hat die Selbstverwaltung zur Posse gemacht. Auf welche Schwierigkeiten das Emporkommen einer neuen unabhängigen Partei stößt, sieht man aus dem einen Beispiel, daß bei der letzten Staatswahl im Oktober die Arbeiterpartei von Indiana (welche mitwählte, weil sie noch nicht an die geeinigte Arbeiterpartei sich angeschlossen hatte) gegen 3000 Stimmen abgegeben hat, von denen im amtlichen Wahlberichte bloß 2—300 erschienen. Ueber die richtige Auslegung der Verfassung bestehen Parteistreitigkeiten, welche nicht wenig dazu beigetragen haben, den Bürgerkrieg zu schüren, und denen durch eine Neugestaltung längst hätte ein Ende gemacht werden sollen, wenn die Absichten der Väter der Republik wirklich noch von ihren Enkeln getheilt würden.

Wie sehr in einer so kurzen Zeit, als fünfzehn Jahre sind, der Geist und die Gestalt eines Staatswesens sich verändern können, beweist der Musterstaat der Union, Massachusetts, von dem man vor dem Kriege in Wahrheit sagen konnte, es gebe in seinem ganzen Gebiete keine Armuth, keine Noth, keine ungeschulte Jugend, keine Bestechlichkeit, keine großen Gegenstände. Und jetzt ist es der Musterstaat der amerikanischen Bourgeoisie.

Die amtliche Statistik des (jetzt abgelehnten) Generals G. A. Oliver beweist, daß die Mehrzahl der Arbeiter ihre Familie nicht mehr erhalten kann, ohne den Nebenverdienst von Frau und Kind in der Fabrik zu Hilfe zu nehmen; daß 60,000 Kinder ohne Schulunterricht aufwachsen; daß in größter Ausdehnung ein erbarmungswerthes Proletariat besteht; daß die Gesetzgebung allen Vorschlägen ein taubes Ohr leiht. Außerdem wissen wir, daß die Klassegegenstände dort zu einer mehr als europäischen Schärfe sich entwickeln, daß man das hungernde Proletariat wie Hunde niederknuppelt hat in Fall River, tiefer im Lohne herabgedrückt hat als anderswo, und daß dieser Staat, der der Union so viele große und edle Staatsmänner geliefert hat, von der bestochenen und gemeinsten Sippschaft von Politikern vertreten wird.

So wenig helfen gegenüber dem Wachsen des Privatreichthums unter kapitalistischem Großbetriebe alle weisen Bürgerlichkeiten einer geschriebenen Verfassung und aller anerzogene demokratische Volksglaube, alle edlen Absichten der Staatsgründer und alle Durchschnittsbildung der Massen.

Es giebt keine andere sichere Bürgschaft der Freiheit und Gleichheit, als die Verbannung des Zufalls der Geburt und der Mißstände aus der menschlichen Gesellschaft. Unter tausend Menschen ist kaum einer, dessen Charakter einer großen Günst oder Ungünst der zufälligen Lebenslage Stand halten kann.

Eine Communisten-Farm.

(Fortsetzung statt Schluss.)

Diese giftigen Gegner hatten theils als gewerbmäßige Politiker, theils als „Gründer“ Urfahe, die deutschen Abolitionisten zu verfolgen. Durch geschickte Unterhändler hatten sie die Herren vom aufgelösten Adelsverein bei ihrer Ehre gefaßt, ihnen vor-

Valentin in Noth.

Der 27. Oktober des Jahres 1876 wird für alle Zeiten schwarz angezeichnet sein im Kalender des weltberühmten Reichstags-Schlussschlichters. An diesem verhängnisvollen Tag erstattete er seinen Wählern Bericht über seine „Reichstagsfähigkeit“, und siehe da, Herr Valentin ward zu leicht befunden, und die Wähler gingen scharf ins Gericht mit ihrem weltberühmten Abgeordneten, dessen Weltberühmtheit aber durchaus nicht nach ihrem Geschmack ist.

Lassen wir die „Thüringer Freie Presse“ die tragikomische Geschichte erzählen, wie Valentin vergebens nach einem Valentin auschaute und ohne einen Valentin mundtot und parlamentarisch mauertodt gemacht wurde.

Am 27. Oktober, so schreibt unser Thüringer Parteiorgan, erstattete der bisherige Reichsrichter unfres (des Schwarzburg-Sondershausener) Wahlkreises, Herr Valentin, vor einer zahlreichen Versammlung in Arnstadt Bericht über seine Thätigkeit im Reichstage. Obgleich die Versammlung um 7 Uhr ausgeschrieben war, hatte sich doch eine große Zahl Arbeiter und Kleinhandwerker eingefunden, denn sie wollten den Mann, welcher durch seine Thätigkeit im Reichstage eine so tragikomische Bedeutung erlangt hat, auch in Figura kennen lernen, sie wollten hören, wie er als Feind des freien Wortes, als Feind der Redefreiheit im Reichstage, seine Thaten den Wählern gegenüber begründen, und wie sich seine Anhänger hierzu verhalten würden.

Unser Valentin, der nun nach eigenem Geständnisse nur ein Mal während der ganzen Periode ein paar Worte geredet, weil ihm zum Reden das Zeug fehlt, erzählte der Versammlung noch einmal, was dieselbe schon längst durch die Presse wußte, — nämlich, was der Reichstag Alles beschloffen habe.

Valentin begann damit, die Fortschritte (!?) zu zeigen, welche während der letzten Sessionen in der Gesetzgebung erreicht worden seien. Das Landsturmgesetz, die Regelung der Controlversammlungen, das Gesetz über Majorennität, das Markenschutz-, das Civil-, das Bank-, Hilfsklassen- und Postgesetz pries er in buntem Durcheinander als die Errungenschaften der liberalen Partei. Ich, dachte Valentin, gehöre zur liberalen Partei,

gestellt, sie müßten etwas für die von ihnen in's Elend geführten Deutschexaner thun, und sie könnten das am besten, wenn sie noch 20,000 deutsche Bancen auf dem von ihnen verwirklichten Lande ansiedelten, welches ihnen von der Legislatur zurückgegeben werden sollte, und wenn sie für 200,000 Dollar Anteilsscheine an einer beabsichtigten Eisenbahn nehmen wollten. Was aber dem Adelsvereine verschwiegen wurde, das war, daß die Gründer sich den Skavenhaltern verpflichtet hatten, vorher alle deutschen Abolitionisten aus dem Lande zu treiben, nur slavereifreundliche Ansiedler einzuführen und die beabsichtigte Eisenbahn nicht den deutschen Landestheilen, sondern den östlichen, am dichtesten von Skavenhaltern besetzten, zu Gute kommen zu lassen.

Dieser schmutzige Plan, auf welchen die Herren vom Adelsverein angefaßt hatten, würde, wenn ausgeführt, die 20,000 Deutschen in's tiefste Elend gestürzt und alle deutschen Slavereifeinde ihren Gegnern hilflos preisgegeben haben. Glücklicherweise ward er zu früh ausgeplaudert und durch die Spalten der „San Antonio-Zeitung“, die allen hervorragenden Mitgliedern des Adelsvereins zugesandt wurde, vereitelt. Ja, joviell wirkte diese Enthüllung, daß seitdem Jahre lang kein Auswandererschiff, deren sonst 10—12 jährlich in texanischen Häfen zu Landen pflegten, mehr dorthin von Bremen, Hamburg und Antwerpen auslief.

Eine andere Schurkerei wurde von amerikanischen Slavereifreunden begangen. Diese hepten die Lipan-Indianer, eine sehr kriegerische Apachen-Völkerschaft, welche bis dahin im Dienste der Vereinigten Staaten gestanden und immer Freunde gewesen waren, zu einem erbarmungslosen Vernichtungskriege gegen die weit zerstreuten, meist freistaatlich gesinnten deutschen und amerikanischen Grenzansiedler, und binnen einem Jahre gingen diesen für eine halbe Million Pferde und Rindvieh, sowie viele Menschenleben verloren. Alle Bertheidigungsmaßregeln gegen diese Unholde wurden von den zahlreichen Grenztruppen der Union mehr gehindert als befördert.

Diesen und anderen Verfolgungen wichen zuletzt die deutschen Slavereifeinde — viele wanderten aus, andere gelobten Neue, und ihr Plan war vereitelt. Die Zeitung, welche der Schreiber dieses herausgegeben, wurde eine Bertheidigerin der Sklaverei.

Wenn man nach dem Erfolge urtheilt, so war dieser Plan allerdings verfehlt. Und doch darf man dies nicht, wenn man nicht die meisten in der Geschichte unterlegenen Freiheitsbestrebungen verurtheilen will, welche dennoch später Frucht trugen. Dies war 1856.

Nur fünf Jahre später sahen die texanischen Deutschen den großen begangenen Fehler ein, als die Südstaaten, und mit ihnen Texas, von der Union abfielen. Jetzt suchten sie, natürlich bei dem Mangel aller Führer vergebens, der Union und der Freistaatsidee treu zu bleiben. Aber sie waren ja den Skavenhaltern von allem Anfangs verdächtig gewesen und mußten jetzt, ohne Unterschied der Parteifarbe dafür büßen, indem sie ungeschädlich gemacht wurden. Tausende von ihnen mußten außer Landes fliehen und froh sein, im Dienste der Union Regimente zu bilden; Tausende wurden theils niedergemacht, theils eingesperrt, theils gezwungen, im verhassten Dienste der Sklaverei die Waffen zu ergreifen; die Weissen verloren Hab und Gut. Das deutsche Texas hat sich, selbst nach dem Siege der Union, nicht wieder von diesem Schlage ganz erholen können. Die Beräthler aber hoben sich fast alle durch die natürlichen Folgen ihrer Feigheit, Habsucht und Niedertracht zu Grunde gerichtet.

(Schluß folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber Russisch-Polen ist der Belagerungszustand verhängt; an der Weichsel und an der Grenze von Gallizien werden 300,000 Mann aufgestellt, während die russische Operationsarmee, welche per Eisenbahn nach der Donau dirigirt wird, 350,000 Mann betragen soll. Das friedliebende „Väterchen“ hat jetzt seine Maske abgerissen und zeigt dem etwas verdähten Europa sein eiserne Gesicht. Nach den neuesten Depeschen soll zwischen Oesterreich und England ein völliges Einvernehmen herrschen, im Falle eines russischen Ueberfalls die Türkei und sei es auch mit Waffengewalt, zu unterstützen. So ständen wir also doch am Vorabend einer großartigen europäischen Mezelei. Welche Rolle Deutschland dabei zu spielen gezwungen ist, haben wir schon oft angedeutet; es ist an Rußlands Politik gefesselt, weil eine russisch-französische Allianz die sofortige Folge einer Loslösung Deutschlands von der russischen Politik sein würde. Das ist die natürliche Folge der Annexion von Elsaß-Lothringen — die anderen Mächte können mehr oder weniger die Politik

und sei es auch nur, daß ich Hausknechtsdienste verah und jedem Reichsfeind auf Geheiß das Wort abschnitt. Er gestand offen, daß mit Ausnahme der Sozialisten sich alle Parteien zu diesem Zwecke an ihn gewandt hätten, ja, weil sich eben kein anderer Abgeordneter dazu gebrauchen lassen würde. Ueber das Civilgesetz äußerte sich derselbe wie folgt: Man habe sich vielfach beklagt, daß durch dasselbe der kirchliche Sinn abgenommen habe, was leider nicht die Schuld des Gesetzes sei. Also nicht einmal den Rath hatte Valentin, die Folgen des Gesetzes, das er kurz zuvor als eine Errungenschaft pries, zu verteidigen. Ganz gleichgültig und ohne jede Bemerkung theilte er auch die Thatfache mit, daß die Regierung die Finsen des Invalidenfonds nicht aufgebraucht habe. Hatten wir uns schon in Valentin eine Person vorgestellt, die nicht weiß und nicht schwarz, nicht warm, nicht kalt sei, so blieb er aber dennoch mit seinem Eindrud, den er auf uns machte, weit hinter unsern Erwartungen zurück.

Glückliches Schwarzburg, du kannst stolz sein auf deinen Vertreter, denn dir ist das Glück beschieden, den an Unfähigkeit größten Mann in den Reichstag gewählt zu haben, welcher durch seine Thätigkeit, indem er von allen Parteien nur als „Schlusmacher“ benannt wird, nicht nur allein sich, sondern auch den Wahlkreis, wo er gewählt wurde, der Lächerlichkeit und dem Gespötte preisgibt. Aber auch selbst seine eignen Anhänger schienen wenig erbaut über seine Thätigkeit zu sein, denn kein Wort des Beifalls ließ sich vernehmen, als Valentin geendet. Nach ihm sprach Bod aus Gotha, der von den hiesigen Wahlcomités der Arbeiter und Kleinhandwerker für die nächste Reichstagsperiode angestellte Candidat. Derselbe kritisirte in unbarmherziger Weise die Thätigkeit des Herrn Valentin, die nur darin bestanden habe, alle oppositionellen Parteien mundtot zu machen, indem er zu diesem Zweck in zwei Sessionen nahe an 300 Schlusstränge gestellt habe. Um seine Arbeit zu erleichtern, habe Herr Valentin ein Paket gedruckter Schlusstränge von einem Liberalen erhalten.

Es sei vor allen Dingen Pflicht eines Abgeordneten, seinen Wählern Bericht darüber zu erstatten, wie man bei jeder Frage im Reichstage gestimmt, ob für, ob gegen und von welcher Ansicht man hierbei geleitet worden sei, um auf diese Weise sich

der freien Hand befolgen, während Preussisch-Deutschland unverwandt nach Petersburg blicken muß, von wo es seine Befehle empfängt.

— Herr Rutschbach ist entrüstet über uns! Wenn Leute eine Niederlage erlitten, wenn sie sich gründlich blamirt haben, so suchen sie gern einen Sündenbock, dem sie Niederlage und Blamage aufladen möchten. So geht es auch dem großen Redakteur und Orator Rutschbach aus Cassel, der uns folgenden Brief zur Veröffentlichung zuschickt:

„Redaktion des Tageblatt und Anzeiger für die Provinz Hessen-Cassel, den 15. November 1876.“

Herr Redakteur!

Sie erwähnen, wie auch nicht anders zu erwarten stand, in der heutigen Nummer Ihres Blattes die am 7. d. M. stattgefundene Disputation zwischen Herrn Pfaunlich und mir über das Thema: „Kapitalistische und sozialistische Produktionsweise“, indem Sie das betr. Referat der hiesigen „Freien Hessischen Zeitung“ zitiren und gleichzeitig dazu bemerken, daß ich mir kurz vor der Disputation verschiedene Schriften aus der Leipziger Genossenschaftsbuchdruckerei verschrieb, „um in wenigen Tagen den Sozialismus so gründlich studiren zu wollen, daß ich in öffentlicher Rede gegen denselben kämpfen könne“. Ich habe darauf zunächst zu erwidern, daß ich nicht erst seit gestern und heute den Sozialismus studirt habe, daß ich mich vielmehr schon seit Jahren eingehend damit beschäftige, wie meine zahlreichen, gegen den Sozialdemokratismus gerichteten Artikel beweisen. Allerdings verschrieb ich mir die von Ihnen näher bezeichneten Schriften, allein ich besah dieselben zum Theil schon früher, hatte sie schon früher gelesen und nur durch den Umstand, daß ich voriges Jahr eine Reise in's Ausland machte, deren Dauer ich bei dem Antritte derselben noch nicht bestimmen konnte, weshalb ich den größeren Theil meiner Bücher — darunter verschiedene sozialistische Schriften — als unnötigen Reiseballast theils veräußerte, theils verlor, kam es, daß ich nicht mehr im Besitze der gewünschten Bücher war. Trotzdem besah ich schon vor meiner Bestellung eine Auswahl sozialdemokratischer Werke, um die mich mancher Sozialistenführer beneidet hätte. Die Bestellung geschah um einiger Citate willen, die, wie ich mich von früher her erinnerte, in einigen der betr. Schriften enthalten waren und die ich zur Illustration meiner Rede recht gut verwenden konnte.

Was sodann das Referat in der „Freien Hessischen Zeitung“ betrifft, so habe ich zu bemerken, daß das genannte Blatt eine Tendenz verfolgt, die es fraglich erscheinen läßt, ob man dasselbe noch zu den anständigen Zeitungen zählen darf. Bald die agrarischen und konservativen, bald die partikularistischen und ultramontanen Prinzipien vertretend, macht es auch mit der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Sache, sobald dies nur ihren Zwecken dienlich (Herr Müller, der Redakteur dieser Zeitung, erklärte ja auch in der pp. Disputation öffentlich, daß er kein „Antisozialist“ sei). Sie werden daraus ersehen, wie viel Werth ich auf die Kundgebungen jener Zeitung lege.

Schließlich erkläre ich auf das Entschiedenste, daß ich mich in keiner Weise durch die Entgegnungen des Herrn Pfaunlich, welcher übrigens, nebenbei gesagt, einige der bekanntesten Sozialistenführer als exaltirte Köpfe bezeichnete und solcher Gestalt dieselben verleugnete, besetzt fühle. Ich werde im Gegentheil nach wie vor unentwegt fortfahren, gegen den Sozialdemokratismus mit Wort und Schrift anzukämpfen.

Auf Grund des § 11 des Pressgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich Sie, diese Zeilen in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen.

Rutschbach,

Redakteur des Casseler Tageblattes.“

Zunächst hätte Herr Rutschbach sich die Mühe sparen können, sich bei seinem Wunsch um Aufnahme vorstehenden Schreibens auf den Paragraph 11 des Pressgesetzes zu berufen; als Redakteur mußte er auch wissen, daß wir nicht verpflichtet sind, den ganzen Brief zum Abdruck zu bringen, da derselbe (wenn das überhaupt eine Berichtigung ist, daß Herr Rutschbach uns entgegen behauptet, schon seit Jahren den Sozialismus eifrig studirt zu haben) nur in seinem ersten Theile eine solche enthält. Wir nehmen den famosen Brief nämlich sehr gern auf, da wir gewiß sind, daß derselbe bei unseren Lesern eine gewisse Heiterkeit erregen wird. Wir wollen zu obiger Berichtigung nur bemerken, daß uns die Rutschbach'sche Niederlage nur um so empfindlicher erscheint, wenn Herr Rutschbach schon seit Jahren den Sozialismus studirt hat — dann zeugt die Niederlage von einer nicht sehr großen Denkfähigkeit des geehrten Herrn, oder aber — und

Herr Valentin leicht hinweg gegangen. Das Landsturmgesetz könne nur die liberale Partei als einen großen Fortschritt pfeifen, das Volk in seiner Mehrheit sei gegenheiliger Meinung; das Volk erwarte Erleichterungen der Militärlast, während die liberalen Parteien der Regierung behilflich seien, dem Volke neue Lasten aufzubürden und Deutschland zu einem Militärstaat zu machen, welcher die Kräfte des Landes verzehre und das Volk dem wirtschaftlichen Ruin entgegenführe. Weil die Sozialisten für eine Erleichterung der Militärlast eintreten, schelte man sie Reichsfeinde. Das Markenschutz- und Bankgesetz sei nur für Großindustrielle und Großhändler, für die besitzende Klasse von Vortheil, das Volk, namentlich der Arbeiter, Kleinhandwerker und kleine Landmann habe keinen Nutzen davon; nicht viel besser sei es mit den übrigen Gesetzen bestellt.

Das Civilgesetz sei nicht der Initiative der liberalen Partei entsprungen, sondern der verfehlten Politik Bismarcks, den Einfluß der Ultramontanen im Volke zu brechen. Dies sei in das Gegentheil umgeschlagen, und jetzt bedauere man schon den Schritt, wie auch Herr Valentin beweisen, daß er der Lage, daß der kirchliche Sinn im Volke abgenommen, nur damit entgegenzutreten wüßte, daß dies leider nicht die Schuld des Gesetzes sei. Wäre die liberale Partei wirklich freisinnig, so müßte sie sich freuen, daß das Volk endlich anfangen, sich von päpstlichem Einfluß frei zu machen, gleichviel ob von protestantischen Pietisten oder katholischen Jesuiten. — Daß eine solche freie Sprache den Vorfinden der Versammlung, den liberalen Rechtsanwalt Bärwinkel und seinen Freunden nicht gefiel, bewies erörtert dadurch, daß er Bod unterdrück und darauf hinwies, daß hier nicht der Ort sei, eine Wahlrede zu halten. Bod erklärte, daß dies auch nicht seine Absicht sei, sondern nur die Thätigkeit des Abgeordneten Valentin zu kritisiren, er wolle sich jedoch kurz fassen.

Bod sprach weiter: Daß die Finsen des Invalidenfonds nicht aufgebraucht worden seien, liefere gegenüber den Hunderten von Nothbräuen der Invaliden in allen Zeitungen den Beweis, daß die Sparsamkeit hier nicht am Blage sei. Die Offiziere seien mit Pensionen reich bedacht, während der gemeine Soldat, wenn er invalid wurde, mit 1 M. 10 Pf. abgespeist wurde. Die Liberalen hätten 1870 dem Volke in Waffen reichen Dank für die herrlichen Thaten verschrieben, und jetzt foragieren in unner-

dies ist wohl das Richtige — von der Wahrheit der sozialistischen Ideen, gegen welche Herr Kutschbach unferthalben Tag und Nacht weiter ankämpfen mag — er kennt ja wohl den alten Vergleich vom Monde, der sich um das Hundegebell nicht kümmert und aus stolzer Höhe sein mildes Licht der Erde unbekümmert weiter zuendet.

Unser Bericht war allerdings der „Freien Hessischen Zeitung“ entnommen, welche nach Herrn Kutschbach's Auslassungen ein agrarisches, conservatives, partikularistisches, ultramontanes und sozialdemokratisches Blatt sein soll — auf die Kundgebungen eines solchen Blattes legt Herr Kutschbach keinen Werth. Desto mehr Werth wird derselbe deshalb wohl auf die Kundgebungen eines geachteten nationalliberalen Blattes legen, auf die Kundgebungen der „Hessischen Morgenzeitung“. Dieses Blatt schreibt über die beregte Disputation folgendermaßen:

„Cassel, 8. Nov. Gestern Abend fand die mit so großem Pomp angekündigte Disputation über das Thema „sozialistische und kapitalistische Produktionsweise“, zwischen den Herren Redakteur Kutschbach und Schreiber Pfannkuch statt. Die Räume des Thaliatheaters waren, der Bekanntmachung zufolge, zur Hälfte mit Sozialisten, zur anderen Hälfte mit Antisozialisten dicht besetzt. Das sozialistische Bureau war gleich bei Eröffnung der Versammlung gebildet, die Formation des antisozialistischen, welches schließlich aus nur 2 Personen, statt der üblichen drei zusammengesezt wurde, ging ziemlich schwer von Statten. Als bald begann der antisozialistische Redner seinen Vortrag. Wer aber mit der Erwartung hingegangen war, von Herrn Kutschbach eine begeisterte, schwingvolle, überzeugende Rede gegen die Irrlehren der Sozialdemokraten zu hören, der mußte sich doch recht bald gewaltig getäuscht sehen. In einer farblosen, affectiert larmoyanten Sprache begann Redner aus den vor ihm ausgebreiteten Heften einige wohl nicht nur wegen seines Organs bei den Meisten unverständlich gebliebene Deduktionen, und brachte es dadurch fertig, die Versammlung fast drei viertelstunden nicht allein zu langweilen, sondern ihr gleichzeitig Veranlassung zu geben, darüber nachzudenken, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn der Redner solche Weisheit für sich behalten hätte. Nach einer kurzen Pause erhielt der Redner der Sozialisten, Herr Pfannkuch, das Wort. Seine Vortragweise ist vortheilhaft von derjenigen seines Herrn Vortredners ab. Wenn wir auch nicht zugeben können, daß die Beweisführung für die Richtigkeit der sozialistischen Anschauungen überall sich haltig war, so gestehen wir gerne ein, daß in dem Vortrage einige recht gute Gedanken enthalten und in annehmbarer Weise entwickelt wurden. Aber auch hier gab es „Nichts Neues vor Paris“. Redner wußte mit einer nicht uninteressanten Wiederholung des sozialistischen Programms sein Publikum zu fesseln. Nachdem Herr Pfannkuch ca. 1 1/4 Stunde gesprochen hatte, erhielt Herr Kutschbach zur Replik das Wort. Niemand ist uns ein Redner in jammervollerer Verfassung entgegengetreten, als Herr Kutschbach, welcher von seiner Wissenschaft, die er sich unterm Arm vom Hause mitgebracht hatte, nunmehr vollends verlaßen und sich selbst überlassen wurde. Jeder fühlte die große Niederlage, welche Herr Kutschbach sich zugezogen hatte, zu deutlich. Wenn wir nun auch, inwieweit es sich um die Person des Herrn Kutschbach handelt, jedes scharfe Tadel und gern enthalten möchten, so können wir doch nicht unterlassen, noch ausdrücklich dagegen zu protestieren, daß der Vorgang im Thaliatheater mit unserer politischen Partei in Verbindung gebracht wird. Unsere Partei, die zu vertreten wir allezeit bereit waren, — die nationalliberale Partei, — so erklären wir, hat Herrn Kutschbach ein Mandat zu der sogenannten Disputation nicht erteilt. Wir erklären, daß es nur das Ergebnis einer irrigen, thatsächlich falschen Anschauung sein kann, wenn gesagt wird, daß Herr Pfannkuch der nationalliberalen Partei ein Sedan bereitet hat. Wenn es auch sehr zu bedauern bleibt, daß Herr Kutschbach die Stirn hatte, einer die Welt bewegenden schlimmen Idee mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln öffentlich entgegen zu treten, so widerfährt ihm volle Gerechtigkeit, wenn er in diesem Kampfe unterliegt. Es folgt daraus nicht, wie es wohl mit Rücksicht auf die gesellschaftliche und Berufsstellung des Herrn Kutschbach irrigerweise geschlossen werden könnte, daß er sich Namens der nationalliberalen Partei und damit diese selbst blamiert hat. Dennoch wird letztere dem Herrn Kutschbach Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen wenig Dank dafür wissen, daß er sein Licht in dieser Weise leuchten ließ, anstatt es unter den Scheffel zu stellen.

antwortlicher Weise mit den Invalidenpensionen gegen die armen Invaliden (gemeine Soldaten, Unteroffiziere etc.), während sie der Regierung jede nur denkbare Forderung bewilligt. Auch die Gründer in der liberalen Partei wurden im Vorbeigehen gekennzeichnet.

Zum Schluß wandte sich Bod an die zahlreich anwesenden Gegner, sie möchten einen Mann wie Valentin, der schon im Weininger Kreis deshalb nicht wieder gewählt worden sei, weil man bei der ersten Wahl seine Fähigkeiten überschätzt, auch in Schwarzburg nicht wieder wählen. Stellen Sie uns einen Gegner gegenüber, es soll uns recht sein, aber ich bitte Sie, stellen Sie einen — „Mann“ — auf. Ich habe, so sagt Redner, noch Achtung genug vor unserem Volke, selbst vor unseren Gegnern, um zu wünschen, daß Herr Valentin in keinem andern Kreis gewählt wird.

Den Reichstag vor Erwähnung zu sichern und die Abgeordneten davor zu wahren, daß sie nicht zu viel sprächen, um ihre Gesundheit zu schonen, sei die Aufgabe eines Arztes, nicht aber eines Volkvertreters. Valentin erhielt keine Strafe; wie angenommen sah er da. Ist denn kein Valentin da? mochte er innerlich seufzen. Aber ach! kein rettender Engel in Gestalt eines andern Valentin fand sich, um ihm, der in so vielen kritischen Momenten Jeden durch einen Schluchsantrag aus seiner peinlichen Lage befreite, nun auch hier durch einen Schluchsantrag eine ähnliche Wohlthat zu erwirken. Aber, was das Schlimmste war — nachdem Bod, sein Gegencandidat, geendet, mußte Valentin nichts zu entgegnen. Den andern Morgen sah man Herrn Justigrath Valentin ohne jede Begleitung, verlassen von allen Freunden, auf dem Bahnhof in Arnstadt. Hatte keiner der zahlreichen Freunde ein Stündchen übrig, um den Abgeordneten des eigenen Wahlkreises sowie Pflichten zu erteilen, ihn bis an den Bahnhof zu begleiten? — Oder fühlten sie sich Alle beschämt, mit ihm zu gehen, weil er als Justigrath und Reichstagsabgeordneter nicht einmal im Stande war, einem Schuhmacher Rede zu stehen?

Diese reichsfeindlichen Gedanken drängten sich uns beim Anblick des armen verlassenen Valentin auf.

Armer Valentin!

Es gehört nun allerdings eine große Unverfrorenheit dazu, wenn Herr Kutschbach angesichts der einmüthigen Verurtheilung seiner unferwilligen Komik, die er in jener Versammlung vorgeführt hat, sich jetzt noch, wie er es in obigem Briefe that, auf das hohe Pferd setzt; sehr leicht entdekt man aber, daß das „hohe Pferd“ eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der Komikante des weiland hochberühmten Ritters von La Mancha hat. „Und damit Gott befohlen!“

— Freiheit und Weisheit in Oesterreich. Die „Gleichheit“ erscheint, wie immer, mit großen Censturläden — diesmal sind's vier, was wohl die Durchschnittszahl sein dürfte. Im gleichen Schmutz der schneeweißen Unschuld prangt der „Arbeiterfreund“ (in Reichenberg). Freilich er hat bloß eine Censturlade, aber eine gehörige! Hena, alla Leonta! Nur eine, aber einen Löwen von einer Censturlade. Und welche staatsgefährliche Thema ist da dem österröichischen Polizeigenie zum Opfer gefallen? Niemand wird's errathen. Der erste der von uns veröffentlichten Donauischen Artikel über Geld! Es ist zum Todlachen! Und doch sehr erklärlich, daß der Staat der absoluten und permanenten Geldlosigkeit in einem Artikel über das Geld eine Beleidigung findet. Eine der Stellen, welche hauptsächlich „verschmüpft“ hat, ist folgende:

„Der Staat selbst hat nie Geld genug, um nur seine nothdürftigen Auslagen zu bestreiten. Es fehlt ihm stets an Geld für die Schulen und Volksschulen, für die Landesvertheiligung, für die allgemeine Gesundheitspflege, für Häfen, Canal- und Wegebauten, für die vernünftige Pflege der Wälder, für die Anlage auswärtiger Ansiedlungen aus Gemeinmitteln, für Zwecke wissenschaftlicher Forschung, für Ermunterung und Belohnung des Erfindungsgeistes, für seine Unterbeamten — — ha! mit welcher Wollust würde der Staat seinen armen überarbeiteten Unterbeamten reiche Gehälter auswerfen, wenn er nur könnte! wie fürstlich würde er seine armen abgerackerten Schullehrer bedenken, wenn ihm seine Mittel das erlaubten!“

Man fürchtet, daß der Artikel den „armen überarbeiteten Unterbeamten“, den „armen, abgerackerten Schullehrern“ zu Gesicht kommen könnte! O saneta simplicitas!

— In Oesterreich-Ungarn ist die „Cultur“ doch noch etwas weiter her als in Deutschland. In Deutschland sperrt man z. B. brodlose Arbeiter zeitweise bloß ein; in Oesterreich-Ungarn dagegen kann es passiren, daß man Leute, die kein anderes Verbrechen begangen haben, als das, keine Arbeit zu finden, wo keine ist, nicht nur einsperrt, sondern auch in Ketten legt und halbtodt präpelt. Man lese folgenden Bericht der Bada-Pester „Typographia“: „Conditionlos, daher gezwungen, Arbeit zu suchen, befanden wir uns auf dem Wege von Wien nach Graz, da wir Aussicht hatten, in letzterer Stadt Beschäftigung zu finden. In dem Städtchen Gloggnitz erhoben wir, als dem Buchdrucker-Gehilfenverband angehörig, mit unserer Arbeiterkarte die übliche Reise-Unterstützung. Da jedoch der dortige Kassirer, Herr Scherbl, sich keiner besondern Sympathie (da derselbe im Geruche steht, ein Sozialist zu sein) von Seiten der Polizei erfreut, wurden wir beim Verlassen der Wohnung von den Herren Gendarmen, die schon sozialistische Verschwörungen oder dgl. wittern mochten, ohne Weiteres verhaftet und vor den geizigen Herrn Bürgermeister geführt, welcher ganz erstaunt, nachdem er in unsere Leinwandbücher Einsicht genommen, in die Worte ausbrach: „Also ganz Deutschland haben Sie schon abgebetelt!“ Hierauf erklärten wir, daß unser Verein nicht staatsgefährlich und von der k. k. Regierung bewilligt wurde, und daß es immer besser sei, wir unterstützen und gegenseitig, als wir hiesel den Gemeinden zur Last. Doch alles Neben war vergebens! Nach der Ansicht des Herrn Bürgermeisters und des Gendarmen galt dies nur — als Bettelei. Man übergab uns dem Bezirksgerichte in Neunkirchen, wo ein Protokoll aufgenommen und wir sodann ohne Weiteres nach Wien befördert wurden. Ohne jedes weitere Verhör wurden wir den sechsten Tag nach unserer Festnehmung nach Preßburg überführt, wo das k. ungar. Ausland beginnt; von da ab erlebten wir greuliche Dinge. Nach mehrtägiger mühevoller Reise langten wir in Sigmund an, aber welcher Anblick enthielt sich unseren Augen, als der dortige Käfig sich öffnete! Der Fußboden war mit Hiegelein gepflastert, Strohhacke gegeben und mindestens 1 Zoll hoch lag der Schmutz, Noth und Unrath. Nichtsdestoweniger wurden wir gezwungen, auf dem Erdboden zu liegen. Wir eruchten zwar um einen Beien, um den Käfig zu reinigen, dies war aber nach dem Begriffe der Frau des Panduren unndthig, und als wir energisch nach dem Richter verlangten, entschvull den Lippen der Negäre ein Redeschwall von Schimpfworten, die kein Verston aufzuweisen im Stande wäre. Endlich erließen der Richter in Begleitung des Kisbirs (Kleinrichter) und eines Panduren, bewaffnet mit Knütteln und Stöcken, und hogelicht fielen die Hiebe, wo sie hin trafen, blaue Male zurücklassend. Selbstverständlich dachten wir nicht wieder an's Reinigen unersr Anstalts, sondern schloffen vor Mättigkeit, Schmerzen und Hunger ein. Durch Ratten und sonstiges Ungeziefer im Schlafe gestört, zündeten wir einen gesunden Kerzenstumpf an; doch wir hatten die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn der Pandur stürzte plötzlich herein, und ohne etwas zu fragen, wurde uns wiederum in fühlbaren Streichen das Verbot des Lichtanzündens auf den Rücken geschrieben. Da alle guten Dinge drei sind, so erhielten wir statt des Frühstücks wegen einer ganz gerechten Forderung noch einmal eine Tracht guter Prügel, so daß wir schließlich nicht mehr im Stande waren, uns auf den Füßen zu erhalten. Mit dem Morgengraue: „Bindet die Hände und treibt sie wie die Ochsen!“ ging's wieder eine Station weiter. In 48 Stunden hatten wir bloß ein paar alte Semmeln als Nahrung bekommen und litten entsetzlichen Hunger, bis sich der uns begleitende Bauer erbarmte und uns die Erlaubniß gab, im Dorfe Nahrung zu erbeteln. Dies geschah auch, trotzdem wir mit Eisen zusammengekettet waren (6 Mann). Den folgenden Morgen um 6 Uhr legten wir unsere Reise nach Pest wieder fort; da wir schon ganz ermattet waren und nicht mehr gehen konnten, wurden wir ärger wie die Ochsen getrieben. Nach drei Wochen langten wir endlich, wie schon oben erwähnt, in Begleitung einer sehr netten Gesellschaft, ganz erkältet, hungernd, voll Ungeziefer und mit wunden Füßen bei hellem Tage „in unserer Vaterstadt“ an. Nach einer im Stadthauskeller verbrachten Nacht zum „Rapport“ gestellt, wurden wir ohne Weiteres entlassen. Dies die wahre Thatsache, zu der wohl kein Commentar nöthig ist. J. H. Deutsch, Adolf Rosenfeld, Schriftseher.“

Oesterreich-Ungarn steht auf der höchsten Stufe der „modernen Cultur“ — wie Deutschland; Oesterreich-Ungarn ist auch ein „Rechtsstaat“ — wie Deutschland; und in Oesterreich-Ungarn ist die „Cultur“ eine erbärmliche, frechverlogene Phrasie, wie überall, wo Militarismus und Kapitalismus den Korporalstock schwingen und mit dem Geldsack rasseln.

— Dr. Stroußberg ist zur Freiheit „verurtheilt“

berg des Betruges für schuldig befunden; der Gerichtshof hat ihn zur Ausweisung aus Rußland verurtheilt. Wie ob es dem schlauen Fuchs eingefallen wäre, im Falle seiner Freisprechung in Rußland zu bleiben!? Da bietet doch unsere biederes Deutschland, das Land der Lessendorffe, viel größere Aussicht auf neuen Grändererfolg; Stroußberg wird gewiß schon bald des Reiches Hauptstadt, Berlin, mit seinem Besuche beehren. — Anzunehmen ist wohl, daß bei dem Urtheil der Rubel ein sehr bedeutsames Wort mitgeredet hat.

— An die Parteigenossen! Die offiziös mitgetheilt wird, sind die Behörden angewiesen worden, die Anlegung der Wahllisten so zu beschleunigen, daß dieselben Anfangs December der gefelichen Einsicht der Wähler unterbreitet werden können, damit sofort nach Ablauf der jetzigen Legislaturperiode des Reichstages (10. Januar 1876) die Wahlen stattfinden können.

Für die Partei- und Gesinnungsgenossen erwächst nunmehr folgende Pflicht:

1) Darauf zu sehen, daß die den Hausbesitzern zur Eintragung aller Wahlberechtigten Seitens der Behörden übergebenen Listen jedem Einzelnen zur Eintragung seines Namens vorgelegt werden.

Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, welcher bis zum Tage der Auslegung der Listen das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

2) Haben die Partei- und Gesinnungsgenossen darauf zu sehen, daß eine genaue Durchsicht der Wahllisten, sobald sie öffentlich ausliegen, stattfindet.

Zu diesem Zwecke müssen sie die Durchsicht so organisiren, daß Einer das genaue Namensverzeichnis von möglichst vielen Gesinnungsgenossen anfertigt und dieses mit der offiziellen Liste vergleicht und diejenigen, deren Namen fehlen, sofort benachrichtigt, damit sie reklamiren.

Jeder Wähler ist an dem Orte, wo er seinen Wohnsitz hat in die Wahlliste einzutragen und hat das Recht, sich der Eintragung seines Namens zu vergewissern. Jeder, dessen Name am Tage der Wahl nicht in der Wahlliste steht, hat kein Stimmrecht; Reklamationen am Wahltag gelten gar nichts mehr.

3) Empfehlen wir den Parteigenossen sofort bei den Ortsbehörden vorstellig zu werden, daß die Wahllisten auch an den betreffenden Sonntagen auf einige Stunden wenigstens zur Einsicht ausliegen.

Es ist wichtig, daß vorstehende Rathschläge von allen unseren Genossen gewissenhaft befolgt und weiter verbreitet werden.

— Aus Uedendorf theilt uns Parteigenosse Westerkowky mit, daß ihm bei einer Haussuchung, die durch den dortigen Amtmann in Begleitung eines Gendarmen vorgenommen sei, die im Jahre 1873 verfaßte Tödsche Broschüre confiscirt worden sei. Ferner habe man 9 Mitgliedskarten des früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins mitgenommen. Ueber solchen Pflichteifer muß man allerdings lächeln. — Ferner theilt uns Westerkowky mit, daß Parteigenosse Kuhl aus Duisburg als Candidat des Bochumer Wahlkreises zum Reichstage von unseren Parteigenossen aufgestellt worden ist.

— Parteigenosse Hillmann in Hamburg meldet, daß er wegen Preßbeleidigung nicht zu drei Monaten, sondern zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt sei. Dagegen habe er Verurteilung eingelegt.

Correspondenzen.

Aus Großbritannien. Glasgow, 10. November. Der große Lock-out der Baumwollenspinner von Nord- und Nordost-Lancashire scheint für diesmal abgewendet. — Die Arbeiter fühlten sich dem angebrohten Gewaltstreik ihrer liberalen Fabrikpächter, welcher 80,000 christliche Lohnslaven mit Eintritt des Winterfrostes auf das Pflaster werfen würde, nicht gewachsen. Sie haben ihre Ankündigung, sich vom 1. November an nicht mehr an die 25 Jahre alte „Blackburn Standard Preis-Liste“ halten zu wollen, zurückgezogen und auch ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Strikenden der einzelnen Fabriken zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Diese Erklärung wird von den Baumwoll-Fabrik-Bozouts als eine bedingungslose Unterwerfung betrachtet; sie werden nun ein Comité, von gleicher Anzahl wie das der Arbeiter ernennen, um mit letzterem in Berathung einzugehen, wie etwaigen erwiesenen Unregelmäßigkeiten der Blackburn-Standard-Liste abgeholfen werden könnte. Jedoch wird von Seite der „Meister“ in eine solche Verhandlung nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte eingetreten werden, daß die etwaigen Abänderungen keine Lohnerhöhung einschließen dürfen.

Es ist fraglich, ob sich die Herren Arbeitgeber Angesichts der begründeten Beschwerden der Arbeiter zu der Androhung einer allgemeinen Fabriksperrung verstiegen haben würden, wenn die Frage der Föderation sämmtlicher Trades Unions Großbritanniens reifer, oder eine Verbindung dieser Gewerksvereine bereits vollzogene Thatsache wäre. Jedenfalls hat die fortwährende Verschleppung dieser Frage und die unentschlossene Haltung der leitenden Persönlichkeiten gegenüber derselben nicht zu Gunsten der Arbeiter gewirkt, sondern ist ganz dazu angethan, die hochcivilisirten Kapitalisten in ihrer gewaltthätigen Haltung zu ermuntern. Haben doch die Herren Arbeiterführer, die ganze zwei Vertreter im Parlament haben, erst kürzlich nichts Gescheuderes zu thun gewußt, als eine neue politische Organisation zu bilden „zur Erreichung einer freien Regierung für die unterdrückten Provinzen — im Osten Europa's“. — Wenn die Herren, anstatt so weit in die Ferne zu schweifen, nur nach den stlichen Quartieren ihrer Industriehäde blicken würden, sie hätten genug vor der eigenen Thüre zu lehren! —

Die christliche Entrüstungs- und liberale Tückenvertilgungs-Rode hat eben so schnell, wie sie gekommen, einer plötzlichen Ernüchterung Platz gemacht und Gladstone, der vor 4 Wochen der Held des Tages war, ist vorläufig entschieden in Verfall gerathen. Allerdings gelingt es den Conservativen nicht mit ihren Gegendemonstrationen die Bevölkerung zu erwärmen, allein man hat angefangen, einzusehen, daß die Regierung in der orientalischen Frage einer wenigstens den englischen Interessen entsprechenden Plan verfallt und ist geneigt, ihr freie Hand zu lassen. Lord Beaconsfield (Disraeli) hat bei dem gestern statt habien Lord Majors Bankett in Beantwortung des Toastes auf das Wohl ihrer Majestät Minister Gelegenheit ergriffen, die Politik der Regierung während des verflorenen Jahres zu überblicken und darzutun, daß sich dieselbe keiner Inconsequenz schuldig gemacht habe. Heute wie vor einem Jahre sei das Programm der Regierung die Aufrechthaltung des Pariser Vertrages (der die Integrität des türkischen Reiches sicherstellt) und die Erhaltung des europäischen Friedens. . . . Als im Monat September durch die Bemühungen Englands ein Waffenstillstand von der Porte gewährt worden war, sei große Aussicht auf Herstellung des Friedens gewesen. Allein die Serben, durch die liberalen „Ent-“

liberalen „Ent-“

verleitet, daß Großbritannien seine Politik zu ihrem Gunsten ändern werde, brachen den von ihnen selbst erbetenen Waffenstillstand und machten so jede Friedensverhandlung unmöglich. — Bezüglich des russischen Ultimatum" sagte Lord Beaconsfield: Wir haben gehört, daß er (der Waffenstillstand) durch ein Ultimatum erreicht worden sei. Das ist ein häßliches Wort. Ein Ultimatum kommt mir gerade so vor, als wenn ein Mann eine Schuldfrage in dem Augenblick vor Gericht brächte, wo der volle angesprochene Betrag bezahlt worden. — (Gelächter). — England war also jedenfalls den Russen zuvorgekommen. Gegen Schluß seiner Rede bemerkte Lord Beaconsfield: England ist keine aggressive Macht. . . . Allein wenn es zum Schlagen kommen sollte so möge man bedenken, daß kein Land so kriegsbereit ist, wie das unsere, denn es gibt kein Land, dessen Hilfsquellen so groß wären wie die unseren in einer gerechten Sache. — (Schluß f.)

g. Lübeck. Bei uns hat man es von Seiten der Behörde recht eilig mit der Reichstagswahl. Am 10. d. M. hat der Senat schon die Bekanntmachung beauftragt Wahl eines Reichstagsabgeordneten erlassen und zugleich als Wahlcommissarius den Senator Dr. Dreyer ernannt. Die Liberalen haben wieder Dr. Klügmann als Candidaten aufgeführt; von unserer Seite ist bekanntlich Parteigenosse Hartmann aus Hamburg aufgestellt. Eine Rührigkeit ist nur bei uns zu merken und es haben auch schon mehrere Versammlungen stattgefunden. Liberalerseits hat bis jetzt noch keine Versammlung stattgefunden und ist auch noch kein Schritt an die Öffentlichkeit gethan worden. Bei reger Agitation ist ein Sieg wohl für uns in Aussicht, besonders da die Schiffszimmerer und Hofenarbeiter im Gegensatz zu der vorigen Wahl jetzt ganz auf unserer Seite stehen.

Düsseldorf, 6. November. Eine große sozialistische Wahlversammlung fand gestern in dem Saale des Herrn Fischer, Alexanderstraße statt, woran sich etwa 600 Personen beteiligten. Der Saal reichte nicht aus um alle Zuhörer aufzunehmen, und Viele mußten unverrichteter Sache wieder fortgehen. Hr. Blaut eröffnete die Versammlung; gewählt wurde zum Vorsitzenden Herr Hartmann, zum Schriftführer Menkner. Danach betrat Herr Reichstagsabgeordneter Wih. Hasselmann aus Barmen die Rednerbühne und referirte über die Reichstagswahlen und die letzte Legislaturperiode des Reichstages. Der Abgeordnete für Barmen-Uberfeld schilderte in meisterhafter Rede die Stellung der Sozialdemokraten zu dem Scheinparlamentarismus und Liberalismus und schloß nach anderthalbstündigem Vortrage unter dem lebhaftesten und anhaltendsten Beifall der Anwesenden. Darauf forderte Herr Rabenberg die Versammlung auf, recht kräftig im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken, und verkündigte Hrn. Hasselmann als Reichstagskandidaten für unsern Wahlkreis. Herr Hartmann empfahl alsdann den „Düsseldorfer Volksfreund“ als geeignetes Mittel zur Aufklärung der Arbeiter und Herr Röttger trug schließlich ein stürmisch applaudirtes sehr interessantes Gedicht vor. Nach Schluß der Versammlung vereinigten sich die Anwesenden zu gemüthlicher Unterhaltung.

Fr. Blent. Nachdem der hiesige Festungsweiterbau an den Mindestfordernden für M. 180,000 unter dem Kostenanschlag vergeblich; nachdem nun diese Arbeiten auch begonnen haben, so ist immer noch ein bedeutender Arbeitsmangel vorhanden. Viele ehemalige Fabrikarbeiter haben schon Monate lang keine Arbeit und selbst die Arbeitenden müssen in einzelnen Fabriken tagweis feiern. Auch der Akkordlohn bei dem Schanzbau ist bei harter und schwerer Arbeit (hohe Steigung hinauf zu faren), ein sehr niedriger von ungefähr Mark 2,25 bis M. 3,50 pro Tag. Selbstverständlich laboriren auch alle Geschäfte durch die Krisis. In der Potsdamer Vorstadt sieht deswegen manche Wohnung leer und zu erwarten ist, daß der Winter diese Uebel noch bedeutend vermehrt. — Unsere Arbeiter, die aus Mangel an Arbeit nach Serbien gingen, sind zu Folge Nachrichten vielfach schon enttäuscht, indem die Verprechungen zum größten Theile nicht erfüllt wurden. So zerstreut der internationale Wolf, der Kapitalismus, aus Habgier das Familienleben, die Liebe zur Heimath, trotzdem er sich immer mit dem Mantel der Moralität und des Patriotismus umgiebt. — Bei der in diesen Tagen stattgehabten Controlversammlung wurde durch den leitenden Offizier resp. Feldwebel zu einer Collette zur Beschaffung eines Reichsschwererts zum 70jährigen Dienstjubiläum des deutschen Kaisers angeregt. Die meisten Wehrleute und Reservisten haben bei dieser schlechten Zeit kaum so viel, um ihren Hunger stillen zu können und sollen sich jedoch nicht allzusehr für das Reichsschwert erwärmen haben.

Freiberg, 9. November. Die Wahlbewegung hat begonnen, und es sind untererits schon verschiedene Versammlungen abgehalten worden, die uns sämmtlich den Beweis lieferten, daß wir bei energischer und eifriger Agitation auf den Sieg rechnen können. Als besonders hemmend für eine geregelte Agitation muß die Thatsache erwähnt werden, daß es in den meisten Orten unseres Wahlkreises an Organisation vollständig mangelt; dies gilt namentlich von dem südöstlichen District — Frauenstein und Umgegend. In Frauenstein selbst ist es nur auf die Berichterstattung Geib's hin möglich, eine Versammlung zu Stande zu bringen. Versammlungen in dieser Gegend zu arrangiren ist sehr zeitraubend, da Niemand vorhanden ist, der sich zur Einberufung hergiebt. Außerdem hat der hinter Schönhals erlassene „Stadtbrief“ seine Dienste gegen uns gethan, und verschiedene Briefe, welche uns ihre Lokale schon versprochen hatten, nahmen ihr Wort zurück. Trotz diesen für uns sehr nachtheiligen Vorkommnissen ist es uns gelungen, in einer Anzahl von Orten Versammlungen abzuhalten und zwar mit durchgängig gutem Erfolg: in Weizenborn, Freiberg, Falsbrücke, Mulda, Reichenau, Bräunsdorf und Zethau. Für Deberan war schon Alles besorgt, da wurde uns in letzter Stunde der Saal wieder abgefaßt. Wir fordern darum die Deberaner auf, sobald als möglich Schritte zu thun, damit das Veräumte nachgeholt werden kann. Außerdem fand Sonntag den 6. November eine Kreisversammlung in Bräunsdorf statt. In derselben wurde beschloffen, das Centralcomité von Hainichen nach Freiberg zu verlegen. Die Freiberg's Genossen haben sich dieser Aufgabe unterzogen und werden mit ganzer Kraft dahin wirken, daß unser Candidat H. W. Frische in Berlin siegreich aus der Wahlurne hervorgehe; aber auch die übrigen Parteigenossen des Wahlkreises dürfen die Hände nicht in den Schooß legen, sondern müssen thätig mit eingreifen. Hauptsächlich aber müssen die Genossen Sorge tragen, daß dem Centralcomité Mittel zugeführt werden; denn die Agitation kostet Geld. Darum, Parteigenossen, veranstaltet überall freiwillige Sammlungen für den Wahlfonds und sorgt dafür, daß die Versammlungen regelmäßiger stattfinden können, denn auch die Gegner fangen an sich anzukrüppeln.

Alle Gelder und sonstige Zuschriften sind zu senden an A. Lange, Stollhansgasse 66, Freiberg.
Parteigenossen, thue Jeder seine Schuldigkeit!
Mit sozialdemokr. Gruß

Reichenbrand, 13. November. Am vergangenen Sonnabend fand hierorts eine Volksversammlung statt, in der unser Reichstagsabgeordneter Johann Most in einem zweistündigen Vortrage, unter gespanntester Aufmerksamkeit der Anwesenden über „die Thaten des deutschen Reichstages und die bevorstehenden Wahlen“ referirte. Da in Reichenbrand seit Jahren keine Volksversammlung mehr stattgefunden, Most überhaupt noch nie hier gesprochen, so konnte es selbstverständlich an sehr zahlreichem Besuche nicht fehlen. Auch Gegner aus den Nachbarorten waren erschienen, unter Anderem auch Mitglieder des liberalen Wahlcomités aus Chemnitz; trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, daß die Gegner das Wort ergreifen mögten, zogen diese vor, sich auszuschweigen. Wahrscheinlich mochte der rauschende Beifall, den Most für seinen ausgezeichneten Vortrag erntete, die Gegner befehlen, daß für sie unter unserer Bevölkerung nichts zu holen sei. Nachdem Wiener in kräftigen Worten den Anwesenden die Wiederwahl Most's empfohlen, wurde die Versammlung unter lebhaftem Hochrufen auf Most geschlossen.

Stettin, 31. Oktober fand hier eine zahlreich besuchte öffentliche Arbeiterversammlung statt, in welcher Herr Wismann aus Hamburg über die heutige Krisis zu großer Zufriedenheit aller Anwesenden referirte. An der Debatte beteiligten sich die Parteigenossen A. Schulz, Bigold und Müller, die sich in dem Sinne des Referenten aussprachen. Hier in Stettin wird namentlich angeht die Arbeiterbewegung wohl mehr in Fluss kommen; es fehlt uns hier an Reduern, so daß es sehr wünschenswerth wäre, wenn wir öfters mit auswärtigen Rednern bedacht würden. Mit sozialdemokratischem Gruß
C. Ruckow.

Zur gef. Notiznahme.
Was allen, oft sehr entfernten, Gegenden Deutschlands ergeben Auforderungen an die sozialistischen Abgeordneten, Versammlungen abzuhalten. Ich erkläre dem gegenüber ein für alle mal, daß ich vor der Wahl, außer in der Umgegend von Chemnitz, nirgends Versammlungen abhalten kann.
Chemnitz, 16. November 1876. Jul. Bahleisch.

Briefkasten
der Expedition. W. Vogt, Weimberg: Sturmha sind von und nicht empfohlen worden. Vielleicht haben Sie in einem Schweizerischen Blatte eine Empfehlung der Volksbuchhandlung Zürich gesehen? — J. Grombaf, Simbach a. J.: Marx Kapital wird nur im Ganzen abgegeben.

Sattler Adolf Kierstein wick schnelligt um Adresse gebeten.
Josef Grombaf, Simbach a. J.

Quittung. A. Sch. Magdow Ab. 5,00. M. hier Ann. 0,60. Adolph Hannover Ann. 1,00. Hermann hier Schr. 2,50. C. Ulrich Riechelsdorf Schr. 15,00. W. Mlle. Rannheim Ab. 21,00. C. Sch. Alt-Stahfurt Schr. 9,00. J. Rhl. Solingen Schr. 20,00. Ulrich Rönneburg Schr. 5,05. H. Rilar Soalfeld Ab. 29,50. F. Krug Dönsbrück Schr. 9,00. Ulrich Offenbach Ab. 20,00. Ernst hier Schr. 2,00. Schum hier Ab. 2,00. Uessa Altona Ann. 3,00. Gebstka Lindenau Schr. 4,70. Schum Calbe Ab. 4,10. Mlle. Calbe Schr. 3,75. Ged. Störteck Ab. 26,10. Gdmr Geringwalde Schr. 0,60. Sam. Guburg Ab. 9,00. H. Jilman Bremerhafen Schr. 21,05. Schid Straßburg Ab. 14,30. W. Erl. St. Johann Schr. 13,00. Schr. Frohmann Schr. 2,80. Mlle. Darmstadt Schr. 25,00. Frau Sachlenhausen Schr. 6,25. Hsch. Stuttgart Ab. 7,20. Kärnth. Hof Ab. 18,10. Erbm. Gatha Ab. 14,40. Jgl. Reppshau Schr. 1,95. Hh. Frankfurt Ab. 30,00. Erbm. Gotha Ab. 9,00. Rhd. Raing Schr. 1,00. Arbeiterpartei hier Ann. 4,70. Gldwig Schr. 5,25. Feist Stolpen Schr. 0,45. Schwyer Frankfurt Ab. 8,00. Dmmer Birna Schr. 2,35. Binsch. Lantenburg Schr. 3,40. Radin. Reustwitz Schr. 7,50. Vange Bremen Ab. 42,10. Wrgnr. Treuen Schr. 25,00. Mlle. Veisnig Ab. 8,40. Wehrd. Hahloch Schr. 1,70. Hsch. Gröbzig Schr. 6,00.

Altona, Salon. Montag, den 20. November, in Koppelmann's
Großes Concert und Ball
arrangirt von den Schneidern Altonas unter gefälliger Mitwirkung der Liedertafel Liberté und des Theaterclubs Eintracht.
Kasseneröffnung: 7 Uhr. Anfang: 8 Uhr. — Karten im voraus à 30 Pf. sind zu haben an allen bekannten Stellen. Kassenerpreis: 40 Pf. Damen allein 15 Pf. (30)
Das Comité. (300)

Altona u. St. Pauli. Montag, 20. November, in Meiers Ballhaus, große Bergstraße 217, Altona:
Concert und Ball
unter Mitwirkung der Liedertafel „Lassalle“ und arrangirt von den Schuhmachern Altonas u. St. Pauli.
2,40] Das Comité.

Gonnwitz, Arbeiterverein. Montag, 20. d. M., Generalversammlung im Waldschloßchen (Rosenhalle). Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht; 2. Vorstandswahl; 3. Anträge u.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand. (25)

**Gythra, Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr, im Saale „Zur grünen Eiche“:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Deutschlands politische Parteien und die nächste Reichstagswahl.
Die Einberufer. (60)**

Hamburg-Altona, Allgemeiner Deutscher Gips- u. Stukatur-Verein. Sonntag, 19. November, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Salon zum Roland, Jakobstraße Nr. 19:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: Fortsetzung der Discussion. Organisation betr. Uebernahme von Gipsarbeiten. Vereinsangelegenheiten.
H. G. H., Vorsitzender, Vorkrediretergang.
Alle Zuschriften den Allgemeinen Deutschen Gips- u. Stukatur-Verein betr. sind an den Obigen zu richten. (1,00)

Leipzig, Allgemeiner Deutscher Schneiderverein. Montag, 20. November, Abends 8 Uhr: Versammlung, im Thüringer Hof (Burgstraße).
Gäste willkommen. D. B. (40)

Leipzig, Leipziger Bürgerverein. Montag, 20. November, Abends 8 Uhr, Versammlung in „Stadt London“, Nicolaistraße.
Der Vorstand. (40)

Ein tüchtiger Korbmacher auf geschlagene Arbeit kann sofort in Arbeit treten bei Hermann Marx in Saarbrücken. (25) (60)

Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876.
Einzelpreis 30 Pf.; bei Bezug von 10 Expl. und mehr à 25 Pf. das Stück. Das Kreuzbandporto, welches mit eingeschickt werden muß, beträgt auf 1-4 Expl. 10 Pf., auf 5-8 Expl. 20 Pf., auf 9-16 Expl. 30 Pf. Bezug nur gegen baar oder Nachnahme.
Beschlüssen sind zu machen beim Sekretariat der Partei, Hamburg, Werdniburg 117. (10)

Für Männer-Chöre.
Im Verlag von Emil Saureteig in Gotha ist zum Viederdruck erschienen:
Nr. 7: Sänger-Marsch.
Comp. von G. Scholz.
Preis im Cychus Part. mit 4 Stimmen M. 1,50, 4 St. M. 1,00, Preis außer Cychus Partitur M. 2,00, jede Stimme 25 Pf.
Gegen Einzahlung des Betrags erfolgt freie Zusendung. (20) (100)

Die zweite Auflage von Most, Bafille am Blöhensee, ist soeben erschienen. Preis im Buchhandel 1 M., für Arbeitervereine bei direktem Bezuge gegen baar oder Postvorschuß einzeln 60 Pf., bei Partien 50 Pf.
Für den Verlag ist übernommen die vom Verfasser autorisirte deutsche Uebersetzung von
Lissagaray, Histolro de la Commune, erste authentische Geschichte der Commune.
Braunschweig, 6. Oktober 1876. (30) W. Brade jr. (270)

Erschienen ist soeben die 3. (letzte) Lieferung von:
Leben und Thaten
des
Generals Jaroslas Dombrowsky.
Die Kämpfe der Pariser Commune.
Nach den Aufzeichnungen seines Adjutanten.
Mit dem Portrait Dombrowsky's und einem Facsimile seiner Handschrift.
Frühere Besteller der ersten und zweiten Lieferung werden ersucht, ihre Aufträge auf die 3. Lieferung rechtzeitig einzuliefern. Wir berechnen denselben die bekannten Preise.
Im Weiteren werden nur noch Complet-Exemplare abgegeben. Preis derselben 75 Pfg., Porto 10 Pfg., gegen baar. Der zahlreiche Absatz der beiden ersten Lieferungen verdirgt auch im Weiteren lebhaften Verkauf dieses werthvollen Geschichtswerkes.
Wiederverkäufer erhalten den üblichen Rabatt.
Leipzig, Mitte November 1876.
Die Expedition des „Vorwärts“,
Färberstraße 12/11.

Elegante Einbanddecken
für die „Neue Welt“
sind a. Stück 1 Mark gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch Unterzeichnete und die Buchbinderei von S. Jansen, Universitätsstraße Nr. 16 zu beziehen.
Colporteur und Filial-Expeditionen erhalten bei Partic-bezug entsprechenden Rabatt.
N. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einzahlung von Briefmarken.
Leipzig, Mitte November 1876.
Die Expedition der „Neuen Welt“,
Färberstraße 12/11.

Achtung! Soeben erschien:
Die Fackel
Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 7 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis.
Inhalt: Die Finanzlage der Leipziger Commune. — Correspondenz. — Schöffot — Justizhaus. — Fackelstunke.
Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färberstraße 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Verlag der „Berliner Freien Presse“
Verlag des „Nürtinger Volksfreund“

Zur Uebernahme von Druck-Aufträgen jeder Art und jeden Umfangs, als: Zeitungen, Zeitschriften, Werke, Broschüren, Statuten etc. empfiehlt sich die

Allgemeine Deutsche Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)

unter Zusicherung prompter u. reeller Bedienung bei soliden Preisen.
Dampfkraft-Betrieb u. Doppel-Schneidpressen. — Accidenzen jeden Genres: Karten, Circulare, Avisse etc.

BERLIN, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei Leipzig ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Für die französischen Brüder.
Inhalt: I. An das Volk der beherrschten Klasse, von Felix Pyat.
II. Die Arbeiterdelegation bei den Weltausstellungen.
Preis pr. Exemplar 15 Pf.
Arbeiter und Parteigenossen! Laut Beschluß des Gothaer Sozialisten-Congresses ist der Gesamtertrag dieser aus dem Französischen übersehten Schrift für den Druck der Berichte der französischen Arbeiterdelegation nach Philadelphia bestimmt.
Kaufe sie Jeder von Euch! Verbreitet sie nach Kräften! In dem Schlachtendonner des unheiligen Krieges zwischen dem sinkenden französischen und dem sich erhebenden deutschen Empire habt Ihr nicht vergessen, daß die französischen Arbeiter Eure Brüder sind. Beweist ihnen, die so oft und so heldenmüthig für unsere gemeinsame Sache für Euch gekämpft und gelitten haben, beweist ihnen jetzt durch diesen kleinen Tribut der Dankbarkeit, daß Ihr im Siegestraume der herrschenden Klassen die Dienste nicht vergessen habt, welche das französische Proletariat den Unterdrückten aller Länder, welche es der Menschheit geleistet hat, — daß Ihr Eure Feinde kennt und Eure Freunde — daß Ihr weißt, Eure Thatkraft der Grenzphäre sportet, — daß Ihr werdet warm schlägt für die französischen Brüder!
Die Expedition und Buchhandlung des „Vorwärts“,
Leipzig, Färberstr. 12/11.

Verantwortlicher Redacteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11. in Leipzig.